



## Über 120 Jahre Internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung

- 1. Mai 2010** Über 2 Jahre Krise
- ohne bundesweit koordinierte gewerkschaftliche Gegenwehr
  - mit Tarifrunden ohne Bewegung – ohne Streiks
  - mit Abschlüsse mit (Real-)Lohnverlusten
- 1. Mai 2010** Nein zur Kette: Kurzarbeit Null – Beschäftigungsgesellschaft – Hartz IV  
 Nein zum „sozialverträglichen“ Arbeitsplatzabbau  
 Nein zur Restrukturierung nach Art der Banker und Bosse  
 Nein zum Standortpatriotismus
- 1. Mai 2010** Ja zu betriebsübergreifendem Widerstand  
 Ja zu Soli- und Aktionskomitees, die Gegenmacht aufbauen  
 Ja zum politischen Streik  
 Ja zu Internationaler Solidarität
- 1. Mai 2010** Für kämpferische Gewerkschaften  
 Keine Ausschlüsse von Linken und alternative Betriebsratslisten  
 Für innergewerkschaftliche Demokratie  
 Für Mitarbeit der Gewerkschaften im bundesweiten Krisenprotestbündnis
- 1. Mai 2010** Für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 € lohnsteuerfrei sofort!  
 Für Anhebung des Eckregelsatzes ALG II auf mindestens 500 € und Warmmiete als Sofortmaßnahme. Grundsätzlich gilt: Weg mit Hartz IV!  
 Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich!  
 Für die 30 Stundenwoche sofort!  
 Für Rente mit 60 Jahren - ohne Abschläge!

Bundesweiter Aufruf zu Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart  
**Wir zahlen nicht für eure Krise!**  
**Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau**

Am 17. April 2010 trafen sich über 80 VertreterInnen von Organisationen der Globalisierungs- und Kapitalismuskritik, Gewerkschaften, Sozialproteste, Studierendengruppen und von lokalen Krisen-Bündnissen in Wiesbaden. Auf der Aktionskonferenz wurde die Mobilisierungen zu den Demonstrationen am 12. Juni vereinbart. Bereits 2009 hatte das Bündnis in Berlin und Frankfurt/Main Demonstrationen organisiert, an denen über 50.000 Menschen teilgenommenen.

Im Aufruf zu den Demonstrationen heißt es u. a.:

**Wer zahlt die Zeche?**

Gleichzeitig müssen Millionen Menschen damit rechnen, dass die größte Finanz- und Wirtschaftskrise auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Zahlreiche Betriebe sind von Insolvenz bedroht. Viele Beschäftigte wissen nicht, ob ihr Arbeitsplatz nach dem Auslaufen der Kurzarbeit noch bestehen wird. Die Ausbildungsstellen gehen massiv zurück, und noch weniger Auszubildende werden übernommen. Die Zahl der im Niedriglohn-Sektor Beschäftigten nimmt dramatisch zu, ebenso prekäre Arbeitsverhältnisse. Eine wachsende Zahl von Beschäftigten kann von ihrem Lohn nicht mehr leben. Die Hoffnung der Erwerbslosen auf einen Arbeitsplatz wird weiter zerstört – dagegen werden sie von Westerwelle, Sarrazin & Co. zu den Sündenböcken der Misere gemacht. ....

**Jetzt auf die Straße gehen!**

Gemeinsam können wir uns dagegen organisieren: in den Betrieben, vor den Arbeitsagenturen, an den Unis und Schulen und auf der Straße. Wir wollen Gegenwehr gegen die Politik von Schwarz/Gelb, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Umweltzerstörung stärken. Wir wehren uns gegen Entsolidarisierung und Spaltung – gemeinsam können wir eine Bewegung aufbauen!

**Wir fordern:**

- Kein Sparprogramm auf Kosten der Allgemeinheit – die Verursacher der Krise müssen zahlen!
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten, z.B. durch Erhöhung von Vermögenssteuer und Körperschaftssteuer. Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Ausbildungsplätze für alle und unbefristete Übernahme in ein Vollzeitverhältnis
- Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen – statt Massenarbeitslosigkeit Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich (Ziel: 30-Stunden-Woche) und Ausbau der Beschäftigung im sozialen und ökologischen Bereich
- Lohndumping beenden – gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde (lohnsteuerfrei)
- Schluss mit der Hetze gegen Arme und MigrantInnen!
- Statt Hartz IV eine Grundsicherung von 500 Euro Eckregelsatz ohne Repressionen, Abschaffung der Agenda 2010
- Mehr Geld für Bildung, Soziales, Ökologie – mehr Geld für die Kommunen
- Kostenlose gute Bildung für alle
- Weg mit der Rente mit 67
- Statt Kopfpauschale Einführung der Bürgerversicherung und für ein solidarisches, paritätisch finanziertes Gesundheits- und Pflegesystem
- Finanzsystem regulieren und kontrollieren, Banken vergesellschaften und Spekulationsgeschäfte verbieten
- Krisenbewältigung nicht mit Militärprodukten und Aufrüstung!

**Aktion bei der Daimler Aktionärsversammlung Mitte April**



Daimler KollegInnen machten mit ihrer Aktion deutlich: **Profitgier zerstört Arbeits- und Lebensbedingungen.**

In der Erklärung der in der Daimler Koordination zusammengeschlossenen Gewerkschafter heißt es u.a.: **„Diese Profite zerstören Arbeitsplätze**

Trotz verschiedener Betriebsvereinbarungen zur angeblichen Beschäftigungssicherung, wurden seit 2004 an den Standorten mehrere zehntausend Arbeitsplätze vernichtet – vernichtet, weil tausende Leiharbeiter und befristet Beschäftigte rausgeschmissen wurden. Tausende Stellen, die „sozialverträglich“, z.B. mit Abfindungen abgebaut wurden, sind nicht neu besetzt worden.“

Informationen über die Aktionskonferenz und die Demonstrationen können auf der Homepage [www.kapitalismuskrise.org](http://www.kapitalismuskrise.org) abgerufen werden.

**Beteiligt euch auch an den Klimaprotesten am 5. Juni in Bonn und den Bildungsstreiks am 9. Juni.**

**Impressum:**

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain  
Tel: 06182/782306  
E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)  
Redaktionsschluss: 29. April 2010

# Gemeinsam gegen die Privatisierungspolitik - International! Solidarität mit den kämpfenden TekelarbeiterInnen in der Türkei!

## Die Auseinandersetzung

Seit über 4 Monaten kämpfen die ArbeiterInnen des bisher staatlichen türkischen Tabakkonzern „TEKEL“, gegen den Verkauf und damit Privatisierung ihres Betriebes seitens der türkischen Regierung an den Anglo-Amerikanischen BAT-Konzern. Rund 10.000 ArbeiterInnen wurden Ende Dez. 2009 entlassen. Ein Teil der Belegschaft sollte dann zu Billiglohnbedingungen vorübergehend wieder eingestellt werden. Dagegen wehrten und wehren sich die TEKEL-KollegInnen.

Mit mehrwöchigen Protestcamps, landesweiten Aktionstage mit Generalstreikcharakter, Großdemonstrationen und Unterstützung internationaler Gewerkschaftsdelegationen u.a. ist es ihnen gelungen, ihre endgültige Verabschiedung in die Arbeitslosigkeit in der Schwebe zu halten. Ein weiterer Erfolg war, dass ihr Kampf die recht zersplitterte türkische Gewerkschaftsbewegung, bzw. deren Führungen zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen zwang. Das hat zu den größten gewerkschaftlichen Massenmobilisierungen in den letzten 10 Jahren geführt!

## Der politisch internationale Hintergrund!



Die Türkei will seit langem in die EU. Die EU und insbesondere die verschiedenen deutschen Regierungen verzögern die Verhandlungen und diktieren der türkischen Regierung immer neue Bedingungen. Einer dieser Bedingungen ist, das die türkische Wirtschaft, seit Atatürks Zeiten zum größten Teil in staatlicher und/oder militärischer Hand, sich dem privaten

(internationalen) Kapital öffnet bzw. in großen Schritte privatisiert werden soll!

Genau das ist mit dem ehemals staatlichen Tabakmonopol Konzern Tekel geschehen. Es wurde für „nen Appel und nen Ei“ an British American Tobacco (BAT) verkauft, mit der Folge, dass sich BAT den gesamten ehemaligen Markt des Tekelkonzerns, der weit in die arabischen Nachbarstaaten der Türkei hineinreichte, unter den Nagel gerissen hat. Noch gar nicht in Rechnung gestellt ist, dass zehntausenden kleinen türkischen Tabakbauern mit einem Schlag ihre Lebensgrundlagen entzogen wurden. Denn BAT lässt sich nur noch Tabak aus nicht türkischem Anbau liefern.

Der ganze Vorgang ist nur ein Beispiel der Privatisierungspolitik im Sinne der EU, die die türkische Regierung betreibt. Es stellt ein klassisches Beispiel des Ausverkaufs einheimischer Industrie an imperialistische Großkonzerne dar!

## Was hat denn das alles mit uns zu tun?

1. die deutsche Regierung übt als „special-cooperation-partner“ großen Druck auf die türkische Regierung aus, mit dem Ausverkauf und der Privatisierungspolitik weiter zu machen!
2. die Bundesregierung betreibt hier bei uns die gleiche Privatisierungspolitik in Bezug auf die öffentliche Daseinsfürsorge! (Renten, öffentlicher Verkehr, Gesundheitsvorsorge usw.)

Der Kampf der TekelarbeiterInnen ist ein glänzendes Beispiel dafür, dass nicht alle Folgen einer Privatisierung im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung der Wirtschaft ohne weiteres akzeptiert werden müssen.

## Ihr Mut und ihre Ausdauer sollte auch für uns, Kolleginnen und Kollegen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und unsere Gewerkschaftsführungen ein Beispiel sein!

Ein Beispiel dafür, sich gegen die Privatisierung nicht nur mit papierenen Resolutionen und allenfalls symbolische Aktionen einzelner Gewerkschaften oder Gewerkschaftsgliederungen zu „wehren“, sondern endlich die Kraft aller Gewerkschaften ins Feld zu führen.

**So sollten wir gegen den demnächst anstehenden endgültigen Ausstieg des Kapitals aus der paritätisch finanzierten Krankenversicherung (Kopfpauschale!) notfalls mit dem Mittel des politischen Streiks - bis zum Generalstreik - vorgehen!**

**In diesem Sinne zum 1 Mai 2010.  
Hoch die internationale Solidarität!**

**Christiaan Boissevain**, Münchner Gewerkschaftslinker, Münchner Solidaritätskomitee mit den streikenden TekelarbeiterInnen

## Ausschlussverfahren gegen Metaller stoppen!

### Auszug aus der Unterschriftensammlung:

In verschiedenen Daimler-Werken (Berlin, Kassel, Sindelfingen,...) werden Ausschlussverfahren aus der IG Metall gegen Kollegen vorbereitet, die auf einer nicht von der Gewerkschaft autorisierten Liste zur Betriebsratswahl kandidiert haben.

In diesem Zusammenhang stellen wir fest: Wir sehen uns derzeit verschärften Angriffen der Unternehmer auf in der Vergangenheit erkämpfte Errungenschaften gegenüber. Vor diesem Hintergrund bestätigt sich die Aussage des Zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzel (2008): Unsere Gewerkschaft muss in Zukunft mehr auf „konfliktorische Auseinandersetzung“ setzen und „mehr direkte Beteiligung“ der Beschäftigten organisieren.

Der vollständigen Text der Unterschriftensammlung ist im Labournet unter:

**www.labournet.de**

- > Branchennachrichten
- > Automobilindustrie / Daimler
- > Allgemein

# Nehmen wir uns ein Beispiel an Griechenland

## Kämpfen wir gemeinsam gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen

Seit der griechische Ministerpräsident Papandreou am 23. April 2010 angekündigt hat, die Hilfen, die Griechenland von der Europäischen Union(EU) und vom Internationalen Währungsfonds(IWF) als „Nothilfe“ zugesagt wurden, in Anspruch zu nehmen, brechen hierzulande alle Dämme. Die bürgerlichen Parteien jeglicher Couleur versuchen sich gegenseitig zu übertreffen, von der griechischen Regierung die „Fortsetzung des eingeschlagenen Sparkurses“ zu verlangen. Wenn sich die Regierung Papandreou weigern sollte, dies zu tun, wird mit Ablehnung des Hilfeersuchens gedroht.

Es geht um 8,5 Milliarden Euro, die Deutschland übernehmen müsste - von insgesamt 45 Milliarden. Erstens ist dieses Darlehen für Griechenland nur ein Tropfen auf den heißen Stein und zweitens ist es ein gutes Zusatzgeschäft für Deutschland, fließen doch jährlich 150 Millionen Euro an Zinsen in den Bundeshaushalt.

### Sozialer Angriff auf die griechischen Lohnabhängigen

Die wesentlichen Bestandteile des sogenannten „Stabilitäts- und Wachstumsprogramms“ der griechischen Regierung sind bereits festgelegt und bedeuten für die Lohnabhängigen und die breite Masse der bereits „sozial Ausgegrenzten“ einen ungeheuren Angriff auf ihren Lebensstandard. Im Zeitraum von 2010 bis 2012 sollen durch Erhöhung von Konsumsteuern, einer geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1-3 Prozent und über ein Paket von Privatisierungsmaßnahmen weitere Einsparungen im Staatshaushalt erfolgen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen 10 Prozent Einkommenskürzungen hinnehmen, das Renteneintrittsalter soll angehoben werden, bei Frauen sogar zwischen 5 und 17 Jahren. Die Rentenkürzungen werden ab 2015 fast 30 Prozent betragen, so dass diejenigen, die künftig eine Rente beziehen wollen, die der heutigen entspricht, auch nach 35 Beschäftigungsjahren noch weiterarbeiten müssen. Die Rente liegt derzeit für 70 Prozent der RentnerInnen bei 700 Euro oder sogar darunter. Nach Angaben des griechischen Arbeitsministeriums sind 18 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos. Die griechischen Gewerkschaften und die soziale Bewegung im Land verstehen dieses Programm der Regierung als Kampfansage und wehren sich mit Generalstreiks und Massenprotesten auf der Straße dagegen.

### Stützungspaket ist keine Lösung

Die übergroße Mehrheit der griechischen Bevölkerung sieht in dem Stützungspaket von EU und IWF keine Lösung für die Krise, im Gegenteil sie erwarten, dass der IWF auf weitere Einschnitte drängen wird und Arbeitslosigkeit und Armut weiter ansteigen.

Trotz der Stillhalteappelle der eigenen Regierung und gegen das ideologische Trommelfeuer der ausländischen Gläubiger lassen die griechischen ArbeiterInnen, RentnerInnen und andere Teile der betroffenen Bevölkerung nicht in ihrem Widerstand nach. Es gibt seit einiger Zeit die „Koordination der Basisgewerkschaften im öffentlichen und privaten Sektor“. Sie hat noch am gleichen Tag, als Papandreou, die Hilfe von EU und IWF angefordert hat, zu einer Demonstration vor den EU-Büros in Athen aufgerufen, an der sich mehrere Tausend beteiligt haben und der Gewerkschaftsdachverband im öffentlichen Dienst rief zu weiteren Aktionen in den nächsten Tagen auf.

### Gemeinsam wehren

Das Beispiel Griechenland zeigt, dass es auch unter schwierigsten Bedingungen möglich ist, sich gegen die Angriffe der Regierung und des Kapitals zu wehren. Auch



hierzulande werden wir in den nächsten Monaten, vielleicht schon nach der Landtagswahl in Nordrhein- Westfalen vor diesen Herausforderungen stehen. Wir müssen uns gegen die Vorhaben der Regierung der sozialen Grausamkeiten wehren. Sie schießt sich gerade stark im Dienste der deutschen Gläubiger, allen voran die Deutsche Bank, gegen Griechenland ein. Lassen wir uns nicht auseinanderdividieren, nicht ausspielen gegen griechische KollegInnen. Unsere Interessen sind die gleichen wie ihre. Kämpfen wir gemeinsam gegen den Raub unserer sozialen Errungenschaften – **hoch lebe die internationale Solidarität.**

**Klaus Kerner**, Gewerkschaftliches Zukunftsforum Karlsruhe

#### Weitere Infos im Labournet unter:

[www.labournet.de](http://www.labournet.de)

>Internationales > Griechenland > Schuldenkrise

#### Belegschaft droht mit Hungerstreik

##### Beschäftigte von Großwäscherei in Glückstadt halten Betrieb besetzt. Kampf um Arbeitsplätze spitzt sich zu Von Mirko Knoche

„Im schleswig-holsteinischen Glückstadt hat sich ein Arbeitskampf dramatisch zugespitzt. Bereits am letzten Samstag hatten die 120 Beschäftigten der Großwäscherei Berendsen ihren Betrieb besetzt. Grund war die Entscheidung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein von vergangener Woche, die Notversorgung mit Krankenhauswäsche ab dem 1. Mai an den Billigkonkurrenten Sitex zu vergeben. Am Montag nahm die Belegschaft zwar die Arbeit wieder auf, um die Gesundheit der Patienten nicht zu gefährden. In einer geheimen Urabstimmung, die bis zum heutigen Donnerstag abgehalten wird, will die Belegschaft aber entscheiden, ob sie in einen Hungerstreik tritt.“

Meldung aus der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 29.4.10

#### Weitere Infos unter:

<http://www.jungewelt.de/2010/04-29/050.php>